

A5 "Deine Stimme zählt" muss auch für Kinder und Jugendliche gelten

Gremium:	BDKJ-Diözesanvorstand
Beschlussdatum:	31.10.2018
Tagesordnungspunkt:	TOP 11.5 "Deine Stimme zählt" muss auch für Kinder und Jugendliche gelten

146 Die BDJ-Diözesanversammlung möge beschließen:

147 Kinder- und Jugendmitbestimmung ist das zentrale Thema des BDJ und seiner
148 Mitgliedsverbände.

149 Kinder und Jugendliche lernen in den Jugendverbänden, ihre eigene Meinung zu
150 bilden, sich zu äußern, Verantwortung zu übernehmen und aktiv einzubringen. Sie
151 werden dadurch befähigt, zu starken und selbstbewussten Menschen heranzuwachsen.
152 Nicht nur zu (politischen) Themen, die einen eindeutigen Lebensweltbezug zu
153 Kindern und Jugendlichen haben, können und wollen sich zahlreiche junge Menschen
154 äußern, sondern auch zu anderen politischen Fragestellungen. Aktuell ist es
155 ihnen jedoch frühestens ab 16 Jahren - je nach Wahl und Geburtstag
156 gegebenenfalls auch erstmalig mit 21 Jahren - rechtlich möglich ihre Stimme zu
157 politischen Wahlen abzugeben. Das heißt der vielversprechende Slogan „Deine
158 Stimme zählt“, gilt für diese Menschen nicht. Das sind mehr als 16 Mio. Menschen
159 in Deutschland^[1].

160 Politik hört sich daher zwar die Meinungen und Interessen von Kindern und
161 Jugendlichen an, aber einen echten Einfluss über das Ausüben des Wahlrechts
162 haben sie nicht und das, obwohl sie einen wichtigen Teil unserer Gesellschaft
163 ausmachen und die politischen Entscheidungen von heute entscheidende
164 Auswirkungen auf die junge Generation haben.

165 Langfristig fordern wir daher ein Wahlrecht ohne Altersgrenze, damit auch Kinder
166 und Jugendliche bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen
167 mitentscheiden können, sobald sie wollen.

168 Um dies zu ermöglichen, braucht es eine deutlich frühere politische Bildung auf
169 die Bedarfe der Zielgruppen abgestimmt, sowie Möglichkeiten der Stimmabgabe auch
170 für die Jüngsten unserer Bevölkerung.

171 Bildungspläne, kinder- und jugendgerechte Informationsvermittlung und Konzepte,
172 die eine Wahlbeteiligung junger Menschen ermöglichen, müssen gut durchdacht,
173 erprobt und schließlich umgesetzt werden. Es benötigt daher Zeit bis gerade die
174 Jüngsten ebenso die Möglichkeit haben, fundierte Wahlentscheidungen zu treffen,
175 wie die schon heute Wahlberechtigten.

176 Schon jetzt sind Jugendliche aber in der Lage eine Wahlentscheidung treffen zu
177 können und müssen daher von Politik ernst genommen werden. Dieses ernst nehmen
178 trifft aber erst dann zu, wenn sie endlich wählen gehen dürfen.

179 Lange genug haben wir Argumente gegen eine Absenkung des Wahlalters gehört. Bei
180 der Überarbeitung der Landesverfassung war die Absenkung zum Greifen nah,
181 scheiterte aber, weil das Thema als Verhandlungsmasse im parteipolitischen
182 Geplänkel unterging. Wir können dies nicht länger akzeptieren.

183 Interessensvertretung durch Jugendparlamente oder ähnliche Instrumente ersetzt
184 kein Wahlrecht. Die U18-Wahlen [2] belegen das große Interesse von Kindern und
185 Jugendlichen, ihre Stimme abzugeben.

186 Daher fordern wir auf dem Weg zu einem Wahlalter ohne Altersgrenze

- 187 • eine sofortige Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre bei Wahlen in Europa,
188 Bund, Land und Kommune als Meilenstein zu wirklich allgemeinen Wahlen
- 189 • die verstärkte Förderung von außerschulischen Bildungsmaßnahmen, die sich
190 mit Demokratie, Partizipation und Meinungsbildung beschäftigen
- 191 • Die Anpassung der Lehrpläne, damit Schulunterricht möglichst früh
192 Schüler*innen befähigt, selbständig Wahlentscheidungen zu treffen

193 [1] Die Zahlen sind vom 31.12.2017 und veröffentlicht von Statista:

194 [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1365/umfrage/bevoelkerung-](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1365/umfrage/bevoelkerung-deutschlands-nach-altersgruppen/)
195 [deutschlands-nach-altersgruppen/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1365/umfrage/bevoelkerung-deutschlands-nach-altersgruppen/)

196 [2] www.u18.org

Begründung

Auf der BDKJ-Diözesanversammlung 2017 haben wir miteinander vereinbart, dass wir uns in den Verbänden intensiver mit den Möglichkeiten eines Wahlrechts für Kinder und Jugendliche befassen. Auf der diesjährigen BDKJ-Diözesanversammlung findet ein Studienteil zu diesem Thema statt. Auf Grundlage des Austauschs, der Diskussion und der Vermittlung von Wissen im Vorfeld und während der Versammlung soll der vorliegende Antrag in Folge des Studienteils fertig formuliert werden. Ziel des Antrags ist es den Weg hin zu einem Wahlrecht ohne Altersgrenze aufzuzeichnen; d.h. was wollen wir von Politik heute fordern, um realistisch - oder je nach Diskussion – idealistisch Kindern und Jugendlichen eine Stimme bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen geben zu können.